



MARKTGEMEINDE MOGERSDORF

8382 MOGERSDORF 2, BEZIRK JENNERSDORF, BURGENLAND

PROTOKOLL

Aufgenommen am **Freitag, den 19. September 2008 um 20.00 Uhr** im Gemeindeamt Mogersdorf, bei einer unter Vorsitz des Bürgermeisters stattgefundenen **GEMEINDERATSSITZUNG**.

Anwesende: Bürgermeister Josef Korpitsch, Vizebürgermeister Franz Hafner, GV Sonja Poglitsch-Gaal, GV Otto Granitz, OV Thomas Kloiber, Peter Bartolovits, Josef Deutsch, Wolfgang Deutsch, Joachim Fasching, Mag. Christina Gmeindl, Martin Hafner, Gerhard Karner, Ernst Korpitsch, Edwin Lex, Evelyn Merkl, Erwin Mayer, Martin Schrei, Josef Tonweber, GV Franz Windisch und OAR Gerhard Granitz als Schriftführer;

Es fehlt: niemand;

Der Bürgermeister begrüßt zunächst die erschienenen Gemeinderäte und stellt die gesetzmäßige Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.
Zu Beglaubiger des Protokolles bestellt er die Gemeinderäte Josef Tonweber und Franz Windisch.

Der Bürgermeister berichtet, dass Gemeinderat Alfons Rinke sein Gemeinderatsmandat zurückgelegt hat. Als Ersatzmitglied wurde Martin Hafner in den Gemeinderat berufen. Neu berufene Gemeinderäte sind in der ersten Gemeinderatssitzung an der sie teilnehmen anzugeloben.

Der Bürgermeister verliest die Gelöbnisformel wie folgt:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie die Gesetze der Republik Österreich und des Landes Burgenland gewissenhaft zu beachten, meine Aufgabe unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.

Martin Hafner legt mit den Worten „Ich gelobe“ das Gelöbnis ab.

Der Bürgermeister hält fest, dass jeder Gemeinderat das **Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 29. August 2008** erhalten hat. Er stellt die Frage, ob jemand Einwände gegen dieses Protokoll erhebt.

GV Franz Windisch erhebt Einsprüche gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 29.8.08. GV Franz Windisch erklärt, dass unter Punkt 4. kein Beschluss über die Kreditaufnahme bei der BAWAG P.S.K. erfolgt ist und daher der Beschluss aus dem Protokoll zu streichen ist.

BM Josef Korpitsch und GV Sonja Poglitsch erklären dazu, dass über die Notwendigkeit der Kreditaufnahme schon gesprochen wurde und festgelegt wurde, dass eine Kreditaufnahme erfolgen soll.

GV Franz Windisch stellt den Antrag, dass der Antrag und Beschluss aus dem Protokoll gestrichen werden.

Der Bürgermeister lässt über diesen Antrag abstimmen. Das Ergebnis der Abstimmung lautet:

11 Stimmen für den Antrag (SPÖ – Gemeinderatsfraktion)

8 Stimmen gegen den Antrag (ÖVP – Gemeinderatsfraktion)

Der Antrag ist somit mit Mehrheit angenommen.

GV Franz Windisch beantragt, dass ihm das unter Punkt 12. in der Sache zur Müllverbrennung erwähnte E-Mail, in dem von einer SPÖ Mitfinanzierung in Höhe von € 3.000,-- für ein Gutachten der BIGAS die Rede ist, zur Kenntnis gebracht wird.

Bürgermeister Korpitsch erklärt dazu, dass das Mail eingesehen werden kann.

GV Franz Windisch beantragt, dass die Textpassage im TOP 1., Bericht des Bürgermeisters: „Der Gemeinde wurde dadurch ein Schaden zugefügt, weil eine nicht abgehaltene Sitzung zusätzlichen Zeitaufwand und auch zusätzliche finanzielle Aufwendungen erfordert“ aus dem Protokoll gestrichen wird, weil dieser Satz von Bürgermeister Korpitsch nicht gesagt wurde.

Nach Anhörung des Tonbandes konnte diese Textpassage tatsächlich nicht gefunden werden. Der Bürgermeister lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen und somit zum Beschluss erhoben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen gestellt werden, stellt der Bürgermeister den Antrag ,das Protokoll mit den beschlossenen Änderungen zur Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen und somit zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister gibt die Tagesordnung wie folgt bekannt:

- TAGESORDNUNG:**
- 1.) **Bericht des Bürgermeisters;**
 - 2.) **Ausbau der Wasserleitung – Kesselgraben, zusätzlich notwendige Baumaßnahmen und Finanzierung;**
 - 3.) **Gesundheitszentrum – Nachfinanzierung durch Kreditaufstockung, €105.000,--;**
 - 4.) **Güterweg – Wegbaugemeinschaft „Wallendorf-Mühlwinkel und Deutsch Minihof“ – Erklärung über die Finanzierung und Haftungsübernahme – Förderprogramm ELER;**
 - 5.) **Allfälliges.**

Zu 1. TO:

Der Bürgermeister berichtet zu folgenden Ereignissen:

- 31.8. - Empfang des neuen Pfarrers Michael Wüger durch die Gemeinde und Vereine;
- 1.9. – Besprechung mit Hrn. Architekten Herbert Schmölzer betreffend Gutachten für die Wohnbauförderung in Sache „Ortskernbestätigung“;
- 1.9. – Besprechung mit den Jägern der Jagdgesellschaft Mogersdorf – dazu ersucht er den Obmann des Jagdausschusses, Vizebm. Franz Hafner später unter Allfälliges zu berichten;
- 2.9. – Sanierung des Katastrophenschadens am Güterweg beim Sandriegel in Mogersdorf und Anbringung der Straßenmarkierungen bei der Dorfkreuzung in Wallendorf und bei der Kreuzung am Schöllsberg;
- 3.9. – Baubegehung Wasserleitung Kesselgraben, und Einholung von Angeboten für Asphaltierungsarbeiten;
- 5.9. – Besprechung mit dem Kapellmeister des Musikvereines wegen Subventionierung des Uniformankaufes und Tarife für die Auftritte für die Gemeinde;
- 9.9. – Besuch einer ungarischen Delegation des Kameradschaftsbundes – dazu ersucht er den ÖKB Obmann Ernst Korpitsch später unter Allfälliges zu berichten;
- 9.9. – Vorstandssitzung des Naturparkvereines in Mogersdorf, Diskussion über Projekte und Förderungen;
- 12.9. – Besprechung im Kindergarten - Nachmittagsbetreuung;
- 12.9. – Besprechung des Gemeindevorstandes wegen der aktuellen Entwicklung im Projekt „Wasserleitung Kesselgraben“;

- 13.9. – Reiterfest in Deutsch Minihof;
- 14.9. – Veranstaltung „5 vor 12“ zur Information in der Sache Müllverbrennung, Der Bürgermeister dankt dem Obmann des Sportvereines für das Entgegenkommen bei der Veranstaltung. Er hält auch fest, dass er einen Gemeindearbeiter persönlich damit beauftragt hat, bei verschiedenen Vorbereitungsarbeiten zu helfen – weil ja der Gemeinderat einen einstimmigen Beschluss gegen die Müllverbrennung gefasst hat. Er erinnert aber auch daran, dass die Gemeinde anderen Veranstaltern immer wieder Hilfsdienste leistet, zB. Transport des WC-Wagens zum Reiterfest;
- 15.9. – Besprechung mit Herrn Karaus, BIO-Energie Burgenland über Möglichkeiten des Ausstieges aus der Ölfeuerung beim Gemeindeamt und in der Volksschule durch Errichtung einer BIO-Fernwärmanlage;
- 16. und 17.9. – Teilnahme an der UVP Verhandlung über die Müllverbrennungsanlage Heiligenkreuz in Oberwart. Der Ablauf der Verhandlung war frustrierend weil man den Eindruck gewonnen hat, dass ein Teil der Gutachter schlecht vorbereitet war, bzw. es teilweise nach Gefälligkeitsgutachten aussieht.
Enttäuscht war man auch über die Aussage eines BEGAS-Vertreters, dass die Müllverbrennungsanlage ausschließlich für die Lenzing Fibers AG und für den Stromverkauf errichtet wird. Für andere Betriebe im Industriepark Heiligenkreuz steht keine günstige Energie zur Verfügung. Diese Aussage widerlegt auch den Vorwurf so mancher Kritiker der Gemeinde, dass durch das Gemeindeengagement gegen die Müllverbrennung die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert wird.
Ebenso deprimierend war die Aussage eines BEGAS-Vertreters, dass, wenn die Müllverbrennungsanlage in Betrieb geht, die bestehende BIO-Heizanlage, die einen sehr schlechten Nutzungsgrad hat, stillgelegt wird und die dortigen Arbeitsplätze verloren gehen. Auch der Chef der Fa. Lenzing Fibers hat erklärt, dass durch den Ausbau der zusätzlichen Produktionslinie keine weiteren Arbeitsplätze geschaffen werden.

Das arrogante und provozierende Verhalten der BEGAS-Vertreter hat dann auch dazu geführt, dass die UVP-Verhandlung von der Gemeinde vorzeitig verlassen wurde

- 17.9. – Filmpräsentation des ORF über den Naturpark „Raab-Örseg-Goricko“;
- 19.9. – Begehung der Wasserleitungstrasse vom Kesselgraben zum Hochbehälter beim Feuerwehrhaus.

• Der Bürgermeister stellt die Frage, ob es Anfragen zu seinem Bericht gibt. Anfragen werden keine gestellt.

Zu 2. TO:

Der Bürgermeister erinnert an die geführten Gespräche über die Möglichkeiten das Wasserdruckproblem im Bereich Schlösslberg zu beseitigen. Vom Altbürgermeister Dolmanits wurde die Möglichkeit der Anspeisung des Kesselgrabens über eine bestehende neue Leitung (Durchmesser 80 mm) vom Hochbehälter beim Feuerwehrhaus in Mogersdorf Bergen bis zum Haus Kropf, Mogersdorf 128 als günstigste Lösung präsentiert und auf Basis dieser Information, die auch vom früheren Obmann der Wassergenossenschaft als beste Lösung gepriesen wurde, wurde der Beschluss zum Ausbau im Kesselgraben gefasst.

Nach einem Gespräch mit dem Wasserwart der früheren Wassergenossenschaft musste aber zur Kenntnis genommen werden, dass die Informationen nicht richtig waren und es keine neue Leitung in der Stärke von 80 mm im Bereich vom Hochbehälter zum Kesselgraben gibt. Vor etwa 18 Jahren wurde nur ein Teilstück der alten Leitung erneuert, aber mit einem Rohr mit 50 mm Durchmesser. Im Bereich des Hochbehälters bis zum Haus Mogersdorf 178 besteht noch immer die über 40 Jahre alte Leitung (2“, 4 bar).

In weiteren Gesprächen mit den Hausbesitzern hat sich dann die Aussage des Wasserwartes bestätigt. Die Hausbesitzer im Bereich des Hochbehälters haben ebenfalls Probleme mit dem Wasserdruck.

Nach vielen Überlegungen und Abwägung anderer Lösungsvarianten soll die alte Leitung vom Hochbehälter bis in den Kesselgraben ebenfalls mit einer neuen Leitung (150mm, 10 bar) ausgebaut werden. Auch die dort betroffenen Hausanschlüsse sollen erneuert werden. Die Mehrkosten wurden von DI Mikovits mit ca. € 27.000,- für die Hauptleitung angegeben.

GV Sonja Poglitsch-Gaal stellt die Frage, ob das vorher wirklich keiner gewusst hat? Der Bürgermeister erklärt dazu, dass die Angaben vom Altbürgermeister und dem früheren Obmann der Wassergenossenschaft stammen und der Altbürgermeister die vorgehabte Projekt ja als Lösung vorgeschlagen wurde.

GR Wolfgang Deutsch erkundigt sich, ob der derzeit geschilderte Zustand auch wirklich den Tatsachen entspricht.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Anrainer den neuen Sachverhalt bestätigt haben. Die Anrainer sind auch mit der neuen Lösungsmöglichkeit, dh. mit dem Ausbau der Leitung bis zum Hochbehälter einverstanden. Die Leitung führt über Privatgrundstücke – die Grundbesitzer sind ebenfalls einverstanden.

Nach der Besprechung mit dem Gemeindevorstand wurde das Planungsbüro Mikovits mit der Prüfung der Lösungsmöglichkeit und Kostenberechnung beauftragt.

GR Wolfgang Deutsch erkundigt sich, ob diese zusätzlichen Aufwendungen ebenfalls gefördert werden.

Der Bürgermeister erklärt dazu, dass die Änderung auch wasserrechtlich bewilligt werden muss und dann in das Förderprojekt miteinbezogen werden kann.

Der Bürgermeister erklärt, dass auch die Finanzierung der Mehraufwendungen besprochen werden muss.

GV Otto Granitz fragt, mit welcher Kostenerhöhung die angeschlossenen Besitzer rechnen müssen.

Der Bürgermeister erklärt, dass bei zusätzlichen Kosten von ca. € 25.000,-, bei 250 Anschlüssen mit € 100,- Mehraufwendungen gerechnet werden muss, d.h. ein Gesamtfinanzierungsbeitrag von € 300,-, zuzügl. 10 % Mwst.

Der Bürgermeister weist auch auf die bisher geführten Gespräche bezüglich der Finanzierung des Wasserleitungsausbaues hin, insbesondere darauf, dass das seinerzeitige Guthaben der Wassergenossenschaft schon bei Ausbaumaßnahmen im Dorf aufgebraucht wurde. Er hält auch fest, dass vom Wasserverband schon angekündigt wurde, dass im nächsten Jahr der Wasserpreis angehoben werden muss, weil auch dort höhere Aufwendungen zu erwarten sind (Brunnenausbau).

GV Otto Granitz hält fest, dass es bei einem Finanzierungsbeitrag von € 330,- sicher auch Härtefälle geben wird, welche den Betrag nicht gleich aufbringen können.

GV Franz Windisch schlägt vor, dass wie in der Bürgerversammlung besprochen jetzt die schon bekannten € 220,- einkassiert werden. Nach der Endabrechnung des Bauloses sollte dann der Rest festgelegt und kassiert werden.

AR Gerhard Granitz hält dazu fest, dass die Betroffenen gleich von Anfang an über den ganzen Finanzierungsbeitrag informiert werden sollen.

GV Otto Granitz schlägt vor, dass bei Härtefällen eine Stundung mit entsprechender Verzinsung angeboten werden soll.

GV Franz Windisch macht den Vorschlag, dass der Beitrag auch in Teilbeträgen vorgeschrieben werden könnte.

GR Ernst Korpitsch erkundigt sich, ob auch die Straßenbeleuchtung im Kesselgraben mitverlegt wird.

Der Bürgermeister erklärt dazu, dass es dazu keinen Gemeinderatsbeschluss gibt.

Ar Gerhard Granitz informiert ausführlich über die notwendigen finanziellen Aufwendungen für eine Straßenbeleuchtung.

Der Bürgermeister erklärt dazu, dass in nächster Zukunft die bestehende Beleuchtung in den Dörfern saniert oder ausgetauscht werden muss. Eine Gesamtberechnung der dafür notwendigen Kosten hat € 162.000,- ergeben. Eine Erweiterung der Straßenbeleuchtung sollte daher vom Gemeinderat gut überlegt werden.

Der Bürgermeister macht den Vorschlag, dass der für die Finanzierung notwendige Beitrag vorgeschrieben wird und auf die Stundungsmöglichkeit hingewiesen wird. Über die Notwendigkeit eines Zwischenkredites soll in der nächsten Sitzung beraten werden.

Der Bürgermeister stellt folgende Anträge:

Ausbau der Wasserleitung vom Kesselgraben bis zum Hochbehälter beim Feuerwehrhaus mit einer Leitung DN150, PE100 und Erneuerung aller anliegenden Hausanschlüsse. Einhebung eines Finanzierungsbeitrages für das gesamte Projekt in Höhe von €300,-- zuzügl. die gesetzliche Mehrwertsteuer.

Hinweis und bei Notwendigkeit Gewährung einer Stundung, bzw. Ratenzahlung, wobei jene Beiträge die erst ab 2009 eingezahlt werden einer Verzinsung unterworfen werden.

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen und somit zum Beschluss erhoben.

Zu 3. TO:

Der Bürgermeister erinnert an die schon geführten Gespräche und Informationen über die Abrechnung des Gesundheitszentrums und erkundigt sich, ob es dazu noch Fragen gibt. Nachdem es keine Fragen gibt, berichtet er, dass bei der BAWAG P.S.K. wegen einer Aufstockung des bestehenden Kredites angefragt wurde. Die BAWAG P.S.K. würde die Aufstockung zu den gleichen Bedingungen machen wie beim ursprünglichen Kredit. Anfragen bei anderen Kreditunternehmen haben ergeben, dass auf Grund der derzeitigen Situation auf den Finanzmärkten eine Neuaufnahme nicht besonders günstig ist.

AR Gerhard Granitz bringt ein Schreiben der BAWAG P.S.K. über die angebotene Kreditaufstockung zur Kenntnis. Er berichtet auch, dass er bezüglich der bestehenden Lebensversicherung bei der Wr. Städtischen zur Abdeckung des endfälligen Kredites mit der BAWAG gesprochen hat und deponiert hat, dass eine Erhöhung der Versicherung nicht gewünscht ist, weil in den Berechnungen für die Gewinnerwartung ein Gewinn bis € 850.000,-- prognostiziert wurde. Der Gesamtkredit von € 755.000,-- kann damit voll abgedeckt werden. Sollte diese Besicherung von der BAWAG nicht akzeptiert werden, dann sollte die Versicherung trotzdem gleich bleiben, damit die jährlich zu zahlende Prämie nicht höher wird. Die Besicherung könnte über eine Grundbucheintragung gemacht werden.

Nach ausführlicher Diskussion stellt der Bürgermeister den Antrag, den bestehenden Kredit bei der BAWAG P.S.K. von derzeit €650.000,-- um einen Betrag von €105.000,-- auf € 755.000,-- aufzustocken. Die Kreditbedingungen sollen gleich bleiben, die Versicherung nicht erhöht werden und wenn notwendig eine Besicherung über eine Grundbucheintragung gewährt werden.

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen und somit zum Beschluss erhoben.

OV Thomas Kloiber erkundigt sich über die Gesamthöhe der Gemeindegeldkredite. Darüber soll in der nächsten Gemeinderatssitzung detailliert Auskunft gegeben werden.

Zu 4. TO:

Der Bürgermeister erinnert an die besprochenen Ausbauprojekte im Bereich der Güterwege. Für die Abwicklung der Förderung ist die Bildung einer Wegbaugemeinschaft notwendig. Diese Wegbaugemeinschaft wurde errichtet. Zum Obmann wurde OAR Gerhard Granitz bestellt, weil er bei den geplanten Ausbaumaßnahmen Anrainer ist. Ein Antrag auf Förderung der geplanten Maßnahmen wurde bei der AMA (Agrarmarkt Austria) im Förderprogramm „sonstige Maßnahmen“ des Österreichischen Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raumes 2007 – 2013 gestellt.

Die Finanzierung der Güterwegbauvorhaben wurde bisher schon von der Gemeinde durchgeführt, dazu wurden jährliche Haftungserklärungen beschlossen und die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt. Damit dieses Vorhaben durchgeführt werden kann, ist daher wieder ein Gemeinderatsbeschluss über die Übernahme der Finanzierung und Haftung zu fassen.

GV Franz Windisch erkundigt sich, ob die Bildung einer Wegbaugemeinschaft notwendig ist.

AR Gerhard Granitz erklärt dazu, dass das im Bgld. Straßengesetz so vorgesehen ist. Es war auch bisher schon so, dass für Güterwegbauvorhaben Wegbaugemeinschaften zu bilden waren, diese wurden auch in den bisherigen Gemeinderatsperioden laufend gebildet und es wurden für die Baulose laufend Haftungserklärungen (Jahreshaftungserklärung für den Güterwegebau) vom Gemeinderat beschlossen. Der Unterschied zur bisherigen Abwicklung liegt nur darin, dass es jetzt eine andere Stelle für die Abwicklung der Förderungen gibt, bisher war das Land zuständig und jetzt ist die AMA zuständig. Auf die formale Abwicklung über eine Wegbaugemeinschaft ist daher besonders zu achten.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, dass der Bildung der Wegbaugemeinschaft „Wegbaugemeinschaft Wallendorf-Mühlwinkel-D.Minihof“ zugestimmt wird.

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen und somit zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, dass die für die Finanzierung des Bauvorhabens notwendigen Eigenmittel (voraussichtlich 50 %) über das Gemeindebudget zur Verfügung gestellt werden und von der Gemeinde für die Wegbaugemeinschaft die volle Haftung für die aufzubringenden Mittel übernommen wird.

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen und somit zum Beschluss erhoben.

Zu 5. TO:

- Der Bürgermeister berichtet über diverse Probleme bei Förderfällen in der Wohnbauförderung. Wenn der Förderwerber eine Bestätigung vorlegen kann, dass sein Objekt im Ortskern liegt, dann kann dieser eine höhere Förderung erhalten. Die Förderwerber sollen entweder eine Bestätigung der Gemeinde und eine bezughabende Kopie aus dem Flächenwidmungsplan vorlegen, woraus hervorgeht, dass das betroffene Objekt im Ortskern liegt, oder ein Gutachten eines Sachverständigen für Raumplanung darüber vorlegen.
Eine Festlegung im Flächenwidmungsplan ist nicht vorhanden. Probleme gibt es im Streusiedlungsbereich.
Eine Definition des Begriffes „Ortskern“ gibt es im Raumplanungsgesetz nicht.
Nach ausführlicher Diskussion stellt der Bürgermeister den Antrag, dass im Flächenwidmungsplan die Gebiete, welche als „Ortskern“ anzusehen sind, ausgewiesen werden und dazu ein Verfahren zur Änderung des Flächenwidmungsplanes eingeleitet wird. Dies soll in einer Gemeindevorstandssitzung zusammen mit dem Sachverständigen erfolgen. Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen und zum Beschluss erhoben.
- Der Bürgermeister berichtet, dass von der Gemeindeabteilung ein Ersuchen zur Stellungnahme vorliegt, ob die Gemeinde für ein Kind aus der Gemeinde den Schulbeitrag für den Besuch einer sprengelfremden Schule übernimmt.
Im konkreten Fall handelt es sich um eine Hauptschülerin. Die Schülerin wollte ursprünglich die Neue Mittelschule in Rudersdorf besuchen, will jetzt aber, weil die Schülerin mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Rudersdorf nicht nach Hause kommen kann, die Hauptschule in Güssing besuchen. Als Begründung wurde angegeben“ Der

Sportschwerpunkt und das gesamte Sportangebot entspricht in Güssing wesentlich mehr unseren Vorstellungen“.

GR Erwin Mayer verlässt die Sitzung (entschuldigt).

AR Gerhard Granitz erläutert die gesetzliche Situation.

GR Evelyn Merkl erinnert an die frühere Vorgangsweise in anderen Fällen. Da wurde die Übernahme der Schulbeiträge an sprengelfremde Schulen immer abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt dazu, dass für die Erhaltung der Hauptschule Jennersdorf nach der Sanierung hohe Schulbeiträge (€ 1.280,--) zu zahlen sind. Der Beitrag für die Schule in Güssing beträgt € 1.202,96. Wenn ein Schulbeitrag in eine sprengelfremde Schule bezahlt wird, hat die Gemeinde Mehrkosten, weil ja der Schulerhaltungsbeitrag für die Sprengelschule gleich bleibt, er verteilt sich nur auf weniger Schüler.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, dass für den sprengelfremden Schulbesuch an andere Gemeinden keine Schulbeiträge bezahlt werden.

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen und zum Beschluss erhoben.

- OAR Gerhard Granitz berichtet über die Vorsprache des Naturparkvereines im Büro des Landeshauptmannes. Es wurden die Projekte des Vereines besprochen. Die Projektsummen mussten reduziert werden. Die Förderung wird in der laufenden Förderperiode 50% ausmachen.
- Vizebürgermeister Franz Hafner berichtet über die Besprechung mit der Jagdgesellschaft Mogersdorf. Es wurden Probleme in der Jagdgesellschaft besprochen und versucht eine Einigung zu erzielen.
- Vizebürgermeister Franz Hafner berichtet, dass Frau Anna Dolmanits, wohnhaft in einer Wohnung für betreubares Wohnen im Gesundheitszentrum, nachgefragt hat, ob die Überdachung der Pergola ausgeführt wird.
Der Bürgermeister erklärt dazu, dass das gemacht werden soll, weil es versprochen wurde. Grundsätzlich wird aber festgehalten, dass die Wohnung wie bestehend vermietet wurde, wenn es jetzt Sonderwünsche gibt, dann müsste das eigentlich an den Mieter weiterverrechnet werden.
Der Bürgermeister berichtet auch über Probleme mit anderen Mietern, wo immer mehr Forderungen an die Gemeinde gestellt werden. Die Mieten werden aber nur um den Verbraucherpreisindex angepasst. Die Kosten für diverse Maßnahmen steigen aber wesentlich schneller. Es gibt auch Probleme mit Mietern die die Miete nicht pünktlich, bzw. in einem Fall schon seit zwei Monaten nicht bezahlen.
- Vizebürgermeister Franz Hafner erkundigt sich, ob mit Herrn Ing. Scharmer, vom Amt der Landesregierung, bezüglich der Aufforstung von Grundstücken schon gesprochen wurde. Der Bürgermeister berichtet dazu, dass er schon Gespräche geführt hat.
- GV Otto Granitz erkundigt sich über das Ergebnis des Gespräches mit der Mieterin in der Gemeindewohnung über dem Gemeindeamt über die Stromkosten für das Warmwasser (Warmwasser der Miniküche im Gemeindeamt hing am Boiler der Wohnung).
Der Bürgermeister berichtet dazu, dass die Mieterin eine Kostenberechnung der BEWAG vorgelegt hat. Der geforderte Betrag von € 400,-- wird an die Mieterin überwiesen.
- Vizebürgermeister Franz Hafner informiert über den Verlauf der UVP-Verhandlung zur Müllverbrennung in Oberwart.
Teilweise wurden Eingaben und Anträge der Gemeinde berücksichtigt.
Es wurde mitgeteilt, dass die Müllverbrennung nur für die Fa. Lenzing errichtet wird. Die Bio-Fernwärme Anlage wird nach Inbetriebnahme der Müllverbrennung zugesperrt. Andere Betriebe können von der Müllverbrennung keine Energie haben, die können sich das Gas von der BEWAG kaufen.
Der Hilfskessel wird mit Gas, Öl und Kohle befeuert, was wirklich nicht umweltfreundlich ist. Der Bürgermeister ergänzt dazu, dass der im Burgenland anfallende Müll 15 Jahre lang nach Oberösterreich gebracht werden muss, weil es dafür vertragliche Vereinbarungen gibt. In Österreich gibt es bereits die 1,8 fache Überkapazität an Müllverbrennungsanlagen, dh. Müll muss aus dem Ausland importiert werden.

- GR Martin Hafner erkundigt sich nach dem Bestand des Schulweges bei der Raiffeisenbank, bzw. was damit ist, wenn das Grundstück an die OSG verkauft wird. AR Gerhard Granitz informiert dazu, dass es dazu einen Pachtvertrag gibt.
- GR Martin Hafner erkundigt sich, wie viele Kinder im Ganztagskindergarten sind. Der Bürgermeister berichtet, dass derzeit 6 Kinder das Angebot nutzen.
- GR Ernst Korpitsch berichtet über den Besuch einer ungarischen Kameradschaftsbund-Delegation am Schösslberg. Der burgenländische ÖKB hat mit dem ungarischen Kameradschaftsbund ein Kooperationsabkommen. Er dankt dem Bürgermeister und OAR für die Teilnahme.
- GR Ernst Korpitsch berichtet, dass der Obstgarten beim Haus Dampf im Bereich der Kreuzung vom Gmoserweg verwildert und dadurch die Übersicht nicht mehr gegeben ist. Der Asphalt wird beim Haus Dampf von einer Wurzel aufgebrochen.
- Vizebürgermeister Franz Hafner erkundigt sich, wann das Wasserbauamt die Gräben ausmäht und ausputzt.
Der Bürgermeister berichtet dazu, dass er mit dem Wasserbauamt schon gesprochen hat. Nachdem das Wasserbauamt mehr keine Kapazitäten für diese Arbeiten hat, wurde vereinbart, dass die Gemeinde diese Arbeiten durchführt und die Leistung dann verrechnet. Bei der Vorsprache beim Landeshauptmann soll aber die Situation mit dem Wasserbauamt besprochen werden.
- GV Franz Windisch erkundigt sich, warum die Gemeinde die Wasserableseaufforderung eine Woche nach der Zustellung der Stuhlproben ausgeschildert hat und nicht beides gemeinsam gemacht wurde.
AR Granitz erklärt dazu, dass die Zustellung der Ablesekarten der Gemeinde nichts gekostet hat.
- Der Bürgermeister erklärt, dass Anträge für die Sonderwahlbehörde schriftlich gestellt werden sollen, damit nicht die Wähler wieder ins Wahllokal kommen.
- GV Franz Windisch erklärt, dass es das Gerücht gibt, dass die Gemeinde für die Veranstaltung „5 vor 12“ die Ausfallhaftung übernommen hätte.
Der Bürgermeister hält dazu fest, dass das nur ein Gerücht sein kann.
GV Sonja Poglitsch-Gaal berichtet dazu, dass die Veranstaltung von einem Verein abgehalten wurde. Dieser Verein trägt auch die Haftung.
Der Bürgermeister hält dazu noch fest, dass der Sportverein durch den Verkauf von Langos, Kaffee, etc. einen sehr guten Umsatz gemacht hat.
OV Thomas Kloiber hält fest, dass der Verein die Veranstaltung ordentlich abgewickelt hat und es keine Probleme gab und gibt.

Ende. 22.00 Uhr

Die Beglaubiger:

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

(Josef Tonweber)

(Gerhard Granitz)

(Josef Korpitsch)

(Franz Windisch)

Protokoll zugesandt, bzw. erhalten:

SPÖ – GR-Fraktion:

ÖVP – GR-Fraktion:

Protokoll an die GR zugesandt:

Bestätigung der Angelobung:

GR Martin Hafner